

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/02/2005
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 08.03.2005
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.202
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Leistungen für Unterkunft und Heizung (Tischvorlage)
3. Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Tagesordnung gem. § 6 III der Geschäftsordnung des Rates
hier: Kindergeldanspruch für ausländische Einwohner mit Aufenthaltsbefugnis
4. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen

hier: 55-M20; Absenkung von Kosten 'Hilfe zur Pflege'
Vorlage: 0069/2005
5. Haushaltskonsolidierung
hier: Aktivierungsstrategie Sozialhilfe (55 - M 01)
Intensivierung der Bedarfsberatung (55 - M 02)
Vorlage: 0066/2005
6. Fortschreibung des gesamtstädtischen Strategiekonzeptes zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen
Vorlage: 0121/2005
7. Seniorenresidenz Hagen-Emst- mündlicher Bericht-
8. Vergünstigte Eintrittspreise für den Personenkreis der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII, von Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende nach dem SGB II und von Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung
Vorlage: 0865/2004
9. Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 2004 (mündlicher Bericht)
10. Vorstellung des Konzeptes der Hagener Kinder-Gesundheits-Studie (HKGS) (münd



licher Bericht)

11. Freiwilligenzentrale, mündlicher Bericht
12. Zuwanderungsgesetz-mündlicher Bericht-
13. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Mitteilungen**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Steuber gibt einen Überblick über die aktuellen Änderungen des SGB XII und geht in diesem Zusammenhang auf den Bereich der Beteiligung sozialerfahrener Personen ein.

Im Anschluss an die Erörterungen im Rahmen der letzten Ausschusssitzung geht Herr Steuber auf die insoweit maßgebliche Geschäftsordnung des Rates ein und stellt für alle Beteiligten dass insoweit einzuhaltene Procedere zur Verdeutlichung nochmals dar. Die Ausschussmitglieder kommen überein etwaiges Fehlen künftig den Fraktionen mitzuteilen, die dies unter Regelung der zu erfolgenden Stellvertretung an die Ausschussvorsitzende weitergeben.

Die Ausschussmitglieder ändern die Tagesordnung und fügen unter TOP 2 den Punkt Leistungen für Unterkunft und Heizung (Tischvorlage) ein.

Beschluss:**2. Leistungen für Unterkunft und Heizung (Tischvorlage)****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Die im Rahmen des BSHG vormals vorgesehenen Kürzungen im Rahmen dieser Leistung wurde von der ARGE für den Bereich SGB II Leistungen gestrichen und gleichzeitig im Rahmen eines Beschlussantrags der Trägerversammlung am 30.12.2004 in den bekannten wesentlichen Grundsätzen mit folgendem Inhalt neu beschlossen:

Die Ausfüllung des unbestimmten Rechtsbegriffs „angemessene Unterkunftskosten“ erfolgt in Anlehnung an folgende Bewertungsgrundlage 4,40 €/m² ; 45m² Wohnraum für eine Person/ 60m² Wohnraum für 2 Personen.

Die Regelung findet die Zustimmung der Mitglieder des Ausschusses bei zwei Enthaltungen.

Beschluss:

Leistungen für Unterkunft und Heizung werden wie bisher nach den Richtlinien der Stadt Hagen für den ehemaligen Sozialhilfereich angewandt. Dabei wird jeder Fall



individuell geprüft.

Das Anschreiben an die ALG II Bezieher und Bezieherinnen wird überprüft und ggf. geändert.

3. **Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Tagesordnung gem. § 6 III der Geschäftsordnung des Rates**
hier: Kindergeldanspruch für ausländische Einwohner mit Aufenthaltsbefugnis

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber teilt mit, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen aufgrund zwischenzeitlich erfolgter Erledigung seitens der Verwaltung obsolet ist. Vor diesem Hintergrund hat sich der Antrag erledigt.

Beschluss:

4. **Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen**

hier: 55-M20; Absenkung von Kosten 'Hilfe zur Pflege'

Vorlage: 0069/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kreiß stellt die zur Diskussion stehende Verwaltungsvorlage und die hier zu Grunde liegende Position der Verwaltung dar.

Nach umfangreicher Diskussion wird der nachfolgende Beschluss gefasst:

Beschluss:

1. Die Verwaltungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.
2. Es ist zum Stellenplan 2006 eine 50% Planstelle mittlerer Dienst, Besoldungsgruppe A 9m einzurichten. Bis zu diesem Zeitpunkt ist eine 50% Kraft weiterhin überplanmäßig zur Verfügung zu stellen
3. Für die Stellenplanberatungen 2006 stellt die Verwaltung nochmals zeitnah aktualisierte Zahlen und Daten für eine Überprüfung zur fortdauernden Notwendigkeit der Einrichtung dieser Stelle zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

☐ Einstimmig beschlossen

☒ Mit Mehrheit beschlossen

<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 8

Dagegen: 3

Enthaltungen: 4

5. Haushaltskonsolidierung

hier: Aktivierungsstrategie Sozialhilfe (55 - M 01)

Intensivierung der Bedarfsberatung (55 - M 02)

Vorlage: 0066/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Der Ausschuss beschließt die TOP 6 und 10 vorzuziehen.

Herr Dr. Schmidt gibt eine umfangreiche Zusammenfassung der zur Abstimmung anstehenden Verwaltungsvorlage.

Im Rahmen der sich anschliessenden Diskussion weist Herr Quitter auf die bestehende Verknüpfung zu TOP 10 hin.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der SOA beauftragt die städtischen Vertreter/innen in der Trägerversammlung (09.03.2005) die Konsolidierungsziele im Bereich 55- M 01(Vermittlungstätigkeit) und 55- M 02 (Intensivierung der Bedarfsberatung zukünftig in den Vollzug der ARGE (SGB II) zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 10

Dagegen: 3Enthaltungen: 1

6. Fortschreibung des gesamstädtischen Strategiekonzeptes zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen
Vorlage: 0121/2005

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek verlässt die Sitzung um 17.05 Uhr. Der Vorsitz wird durch Herrn Röspel übernommen.

Zu diesem TOP werden keine Fragen gestellt, so dass Herr Röspel den Beschlussvorschlag direkt zur Abstimmung bringen kann.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt nimmt die Fortschreibung des gesamstädtischen Strategiekonzeptes zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit in der Fassung vom 9.2.2005 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.
2. Die dargestellten Maßnahmen und Beträge sind in das Haushaltssicherungskonzept einzuarbeiten und bei der Fortschreibung der Finanzplanung entsprechend zu berücksichtigen.
3. Die Fortschreibung des Strategiekonzeptes wird Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

7. Seniorenresidenz Hagen-Emst- mündlicher Bericht-

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dr. Schmidt weist eingangs darauf hin, dass der zwischenzeitlich erteilte Ablehnungsbescheid an die Seniorenresidenz Hagen-Emst allen Fraktionen zur Kenntnis übersandt worden ist.

In Folge des Ablehnungsbescheides werden von der Seniorenresidenz Hagen-Emst nunmehr folgende Änderungen an der ursprünglichen Konzeption auf der Grundlage der Hinweise der Verwaltung im Rahmen des erteilten Bescheides vorgenommen:

- anstelle von Doppelzimmern gibt es nur noch Einzelzimmer
- die Belegungseinheiten werden von 193 auf 139 reduziert; verteilt auf 3 Gebäude

Auf Nachfrage von Herrn Röspel teilt Frau Schmidt mit, dass unter diesen Umständen die Voraussetzungen für die Gewährung von Pflegegeld nunmehr vorliegen würden.

Beschluss:

8. Vergünstigte Eintrittspreise für den Personenkreis der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII, von Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende nach dem SGB II und von Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung Vorlage: 0865/2004

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Fiedler erläutert die Verwaltungsvorlage. Er teilt mit, dass momentan rund 11000 ALG II Bezieher auf der Grundlage dieser Regelung zur Inanspruchnahme der vergünstigten Leistungen berechtigt sind.

Beschluss:

Für Empfänger laufender Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Sozialgesetzbuch II und Empfänger von Sozialhilfe (auch als Leistung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) nach dem Sozialgesetzbuch XII sowie ihre Familienangehörigen in der Bedarfsgemeinschaft wird eine Berechtigungskarte zur Inanspruchnahme vergünstigter Eintrittspreise und Beiträge ausgestellt.

Nach dem Ratsbeschluss vom 30.8.1984 wurden für



- Arbeitslosengeldempfänger,
- Arbeitslosenhilfeempfänger nebst Familienangehörigen und
- Sozialhilfeempfänger nebst Familienangehörigen

Berechtigungskarten ausgestellt, die bei der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben eine finanzielle Hilfestellung zum Besuch von Veranstaltungen und Einrichtungen geben sollen.

Aufgrund der zwischenzeitlichen Änderungen, insbesondere zum 1.1.2005, ist die Anpassung dieser Regelungen an die neue Situation erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

9. Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 2004 (mündlicher Bericht)

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Brück-Paschko referiert über die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 2004 unter Visualisierung anhand von ihr erstellter Folien die diesem Protokoll als Anlage beigelegt sind.

Außerhalb der vorgenannten Präsentation ist festgestellt worden, dass lediglich 43 % der untersuchten Kinder akzentfrei deutsch sprechen können, wohingegen die Mehrheit Schwierigkeiten mit der Sprache habe.

Beschluss:

10. Vorstellung des Konzeptes der Hagerer Kinder-Gesundheits-Studie (HKGS) (mündlicher Bericht)

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dr. Bent gibt einen Überblick über das Konzept der Hagener Kinder-Gesundheits-Studie und berichtet dabei insbesondere, dass für den Bereich „Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern“ eine Kooperation mit der Universität Witten/Herdecke stattfindet.

Beschluss:**11. Freiwilligenzentrale, mündlicher Bericht****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Nestmann und Frau Kerpel stellen die Arbeit der Freiwilligenzentrale vor. Die Freiwilligenzentrale hat das Ziel Demokratie zu fördern und zu stärken durch Unterstützung von bürgerlichem Engagement.

Es existiert ein Ladenlokal mit Schaufenster in der Hochstraße, dass von einer hauptamtlichen Mitarbeiterin und acht freiwilligen Mitarbeitern betreut wird. Die Freiwilligenzentrale hat eine katalogisierte Zusammenstellung von rund 170 Möglichkeiten der ehrenamtlichen Betätigung in Hagen erstellt. Für Interessenten wird die Freiwilligenzentrale hierbei beratend und unterstützend tätig.

Die Einrichtung wird nur noch in diesem Jahr von der Stadt Hagen mit 17500 € unterstützt. Frau Kerpel weist darauf hin, dass ohne diesen Zuschuss die Arbeit nicht aufrechterhalten werden kann. Herr Dr. Schmidt bietet der Freiwilligenzentrale ein unterstützendes Gespräch an. Die Ausschussmitglieder machen deutlich, dass die Schließung der Einrichtung bedauert werden würde.

Beschluss:**12. Zuwanderungsgesetz-mündlicher Bericht-****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Thomzig stellt den Ausschussmitgliedern das neue Zuwanderungsgesetz vor und beantwortet die darüber hinausgehenden Fragen der Ausschussmitglieder. Die Zusammenfassung der Darstellung ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beschluss:



13. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Auf Anfrage von Herrn Halbeisen erklärt sich Herr Steuber bereit bei der Versendung der vorliegenden Niederschrift die ordnungsbehördliche Verordnung beifügen zu lassen.

Beschluss:

Ende des öffentlichen Teiles: 18.35 Uhr

C. ANWESENDE

Name		Bemerkungen
Frau Buchholz, Birgit	SPD	
Herr Faust, Ralph	SPD	
Herr Häßner, Ulrich	SPD	
Frau Machatschek, Dorothee	SPD	
Herr Mervelskemper, Peter	SPD	
Herr Schellhorn, Heinz	SPD	
Frau Timm-Bergs, Ramona	SPD	
Herr Bock, Joachim	CDU	
Frau Dannert, Ulrike	CDU	
Frau Kurte, Hildegard	CDU	Fehlt entschuldigt
Herr Link, Dietmar	CDU	
Herr Röspel, Wolfgang	CDU	
Herr Vaupel, Hans-Joachim	CDU	
Frau von Mallinckrodt, Karin	CDU	
Herr Halbeisen, Norbert	GRÜNE	
Herr Dücker, Viktor	FDP	Fehlt entschuldigt
Herr Brüggemann, Fritz	BfH	
Herr Manfred Weber	PDS	Fehlt entschuldigt
Frau Christiane Hermesmann	CDU	
Herr Horst Wortmann	FDP	
Herr Friedrich Denecke	Behindertenbeirat	
Herr Norbert Insel	Seniorenbeirat	
Herr Mehmet Kilic	Integrationsrat	
Frau Bernadette Rupa	Caritasverband	
Herr Hubert Puder	Arbeiterwohlfahrt	
Frau Gabriele Thomzig	Ordnungsamt	
Herr Dr. Bent	Gesundheitsamt	
Frau Brück-Paschko	Gesundheitsamt	
Herr Dr. Schmidt	VB 3	
Herr Uwe Quitter	VB2/ Konsolidierungsmanagement	
Herr Gerd Steuber	Fachbereich Jugend u. Soziales	
Frau Elke Kreiß	Fachbereich Jugend u. Soziales	
Frau Ingrid Schmidt	Fachbereich Jugend u. Soziales	
Herr Peter Fiedler	Fachbereich Jugend u. Soziales	
Herr Hans Stüwe	Fachbereich Jugend und Soziales	
Frau Kerpel	Freiwilligenzentrale	
Herr Nestmann	Volkshochschule	
Frau Meyer	Schriftführung	

gez. Machatschek/ gez. Röspel

Vorsitzende/r

Schriftführer/in